

Ref: David Martin, INTA/7/07312 - EU/ACP countries' Economic Partnership Agreements: exclusion of certain countries from trade preferences - Amending Annex I to Regulation (EC) No 1528/2007, 'Market Access Regulation' COM(2011)0598

Berlin, 18. Juni 2012

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Am 21. Juni wird der Ausschuss für Internationalen Handel des Europäischen Parlamentes darüber abstimmen, ob 18 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten), die bis zum 1. Januar 2014 kein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU ratifizieren, der präferentielle Marktzugang im Rahmen der Marktzugangsverordnung zur EU entzogen werden soll.

Die unterzeichnenden Organisationen möchten Sie dringend bitten, diesen Vorschlag der Kommission abzulehnen.

Der Verlust des präferentiellen Marktzugangs hätte katastrophale Folgen für die Volkswirtschaften der betroffenen Länder. Aus dem Verordnungsvorschlag geht hervor, dass einige Länder ganz massiv getroffen werden würden. Botsuana, Fidschi und Swasiland würden Präferenzen für mehr als die Hälfte ihrer nicht-zollfreien Importe in die EU verlieren, bei Kamerun, Côte d'Ivoire, Namibia und Simbabwe wären zwischen 10 und 30 Prozent betroffen. Swasiland würde Zölle in Höhe von €339 pro Tonne für sein wichtigstes Exportgut in die EU – Zucker – zahlen müssen. Dies würde dem Land effektiv den Marktzugang zur EU verschließen. Insgesamt verlören die betroffenen AKP-Staaten Präferenzen im Wert von einer halben Milliarde Euro pro Jahr.

Durch den Entzug des präferentiellen Marktzugangs nötigt die Kommission die betroffenen Länder dazu, gegen ihren Willen unbefriedigende Handelsabkommen zu ratifizieren. Seit 2008 sind in den Verhandlungen zwar Fortschritte gemacht worden, eine Reihe umstrittener Fragen sind aber noch offen. Durch den Vorstoß der Kommission sollen die EPAs nun aber so ratifiziert werden, wie sie im Jahr 2008 formuliert worden sind – jegliche Textbestandteile und Bestimmungen, die seit 2008 verhandelt worden sind, sind noch nicht in den Interim-EPAs enthalten. Solange die Kommission aber nicht ausreichend auf die wichtigen Anliegen und Bedenken der AKP-Staaten in den EPA-Verträgen eingegangen ist, darf kein Land mit dem Verlust des präferentiellen Marktzugangs bedroht werden.

In einer Resolution des AKP-Rates haben sich die Afrikanischen Staaten letztes Jahr für 'einen sofortigen Widerruf der vorgeschlagenen Maßnahmen in Anbetracht ihrer allgemeinen negativen Auswirkungen' eingesetzt.

Wir fordern Sie daher auf,

- den Vorschlag der Kommission zur Beendigung des präferentiellen Marktzugangs abzulehnen;

- sich dafür einzusetzen, dass Länder, die sich noch im Verhandlungsprozess befinden, weiterhin präferentiellen Marktzugang genießen und dass keine EPAs ratifiziert werden, bevor strittige Fragen zufriedenstellend geklärt sind.

Im Anhang finden Sie ein Briefing mit ausführlichen Erläuterungen zur Marktzugangsverordnung.

Mit freundlichen Grüßen,
im Namen der unterzeichnenden Organisationen



Christine Pohl, Oxfam Deutschland



Christine Pohl
Oxfam Deutschland
Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin
www.oxfam.de
cpohl@oxfam.de



Armin Paasch
Misereor
www.misereor.de



Boniface Mabanza
Kirchliche Arbeitsstelle südliches Afrika
www.kasa.woek.de



Dieter Simon
Koordination Südliches Afrika
www.kosa.org



Peter Fuchs
PowerShift
<http://power-shift.de>



Andreas Bohne
Solidaritätsdienst International
www.sodi.de



Ulrike Mann
Welthaus Bielefeld
www.welthaus.de